



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/v/210

9. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Missglückter Anschlag gegen die Regierung Kopf	S.1
Nach den Wahlen in Dänemark	S.3
Merkers Sündenfall	S.4
SPD-Telegramm an den jüdischen Zentralrat	S.5
VDU sucht D-Mark über Baumgartner und Blücher	S.6

Wieder eine Runde für Hannover

sp. Von "Moral" sprach die CDU Niedersachsens, als sie zusammen mit der FDP und DP einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Kopf einbrachte. Diese Regierung habe nicht das "moralische Recht", dem Lande eine Verfassung zu geben, sagte Dr. Hofmeister (CDU), der als Justizminister an derselben Verfassung mitgearbeitet und für sie gestimmt hatte, solange er dem Kabinett angehört hatte. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, wem in diesem Fall die Moral nicht zur Seite stand.

Mit 82 gegen 63 Stimmen ging Ministerpräsident Kopf aus dem Kampf als Sieger hervor. Die 82 für Kopf abgegebenen Stimmen hatten den Schönheitsfehler, dass in ihnen 7 KP-Stimmen enthalten waren. Die SPD könne sich nur mit Hilfe der KP halten, hatte schon vorher die Rechte getrumpft. Kopf führte nach der Abstimmung die demagogische Auslegung auf das richtige Maß zurück: "Selbst wenn die Kommunisten mit ihnen gestimmt hätten", konnte er der Opposition sagen, "wäre das Verhältnis immer noch 75 : 70 für mich. Auf der Bundesebene aber arbeitet man mit nur einer Stimme Mehrheit".

Tatsache ist, dass niemand die Kommunisten gebeten hatte, für Kopf zu stimmen. Die heutigen Regierungsparteien in Niedersachsen - SPD mit 66 und Zentrum mit fünf Mandaten - genügen gegenüber den 66 Stimmen der "Bonner" Parteien; dass die Gruppe Gereke und der Unabhängige Nowald (ehemals Zentrum) nicht mit der Rechten gehen würden, konnte man sich an den Fingern abzählen.

Daran dürfte sich auch in Zukunft nichts ändern. Eine Abänderung der Geschäftsordnung wird der Gruppe Gereke ermöglichen, sich als Fraktion zu etablieren (durch Herabsetzung der hierzu notwendigen Abgeordnetenzahl von jetzt vier auf drei); dadurch erhalten diese drei Abgeordneten die Möglichkeit, jetzt schon auf parlamentarischem Boden für die "Heimatvertriebenen und Entrechteten" zu wirken, noch ehe der BHE in allgemeinen Wahlen seine Stärke zahlenmässig unter Beweis gestellt hat. Zwar wird diese "Generallinie", es ist die Gereke-Linie, innerhalb des BHE noch einige Kämpfe kosten, aber man kann annehmen, dass der niedersächsischen Regierung daraus keine unliebsamen Überraschungen erwachsen.

Somit ist abermals der wiederholt unternommene Versuch gescheitert, Hannover auf Bonn gleichzuschalten. Selbst die Bundesminister Seeborn und Hellwege, beide Mandatsträger auch im Niedersächsischen Landtag, konnten die Situation nicht für Bonn wenden. Sie mussten unverrichteter Dinge wieder nach Bonn fahren. Die Regierung von Hannover aber kann, befreit vom CDU-Ballast, nun ungehindert an Aufgaben herantreten, deren Bewältigung früher durch die Verbindung mit der CDU immer wieder hinausgeschoben werden musste. Zwar liegt bereits ein neuer Störungsversuch von rechts vor, indem für die nächste Sitzung des Landtags dessen Auflösung beantragt wird, aber es ist heute schon gewiss, dass die Abstimmung darüber nur eine Wiederholung des Sieges Kopfs bei dem Misstrauensantrag sein wird. Der Bundeskanzler wird seinen Wunsch, in Hannover eine "Bonner" Koalition zu etablieren, zum Frühjahr verschieben müssen, bis die ordnungsgemässen Wahlen stattfinden. Aber nichts spricht dafür, dass diese Wahlen im Sinne von Bonn ausfallen werden.

- - -

IG-Farbenbetriebsräte verhandeln über IG-Entflechtung.

Am 8.9.1950 waren die Betriebsräte der früheren IG-Farbenwerke im Bundesgebiet zu einer Aussprache mit den Contr.Off. in Frankfurt eingeladen. Anlass dieser Einladung war ein Schreiben der Betriebsräte an die "Trifco" betreffend IG-Neuordnung, sowie die kürzlich erfolgte Veröffentlichung des Alliierten-Gesetzes Nr.35. In nahezu zweistündiger Aussprache wurden die nachstehenden Punkte diskutiert:

Einschaltung der Betriebsräte und Gewerkschaften bei Liquidation und Neuordnung. - Schaffung optimaler Werkseinheiten unter Mitwirkung der Betriebsräte und Gewerkschaften, die wettbewerbsfähig im In- und Ausland sein müssen. - Sicherung des Arbeits- und Sozialrechtes der Belegschaften.

Gegensätze in der Auslegung des Gesetzes Nr.35 konnten teilweise geklärt werden, und vom Kontr.Off. wurde angeregt, geeignete schriftliche Vorschläge zu den vorgenannten Problemen einzureichen. Die Atmosphäre der Aussprache zeigte Bereitwilligkeit zu weiterer Zusammenarbeit. 3 -

- - - - -

Nach den Wahlen in Dänemark

KKK Kopenhagen, im September

Es war die Absicht der sozialdemokratischen Minderheitsregierung Dänemarks, durch die Auflösung des Folketings die Grundlagen für eine zielbewusste Wirtschaftspolitik zu schaffen. Diese Wirtschaftspolitik muss im Zeichen von grossen Einschränkungen stehen, die durch die verschlechterte Lage auf dem Valutamarkt bedingt sind. Die drei bürgerlichen Parteien - Venstre (Bauernpartei), Konservative und Rechtsverband - (dieser eine sehr buntschillernde Vereinigung mit nationalistischen Tendenzen) haben sich den von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung der nationalen Wirtschaft am stärksten widersetzt.

In dieser Hauptfrage, um die es bei den Wahlen ging, konnte keine klare Entscheidung erreicht werden. Die drei genannten Oppositionsparteien haben zusammen ein Mandat verloren, während die Sozialdemokraten zwei Mandate gewonnen haben. Die Stellung der Sozialdemokratie ist unerschüttert. Die Zukunft der erschütterten nationalen Wirtschaft ist angesichts des Wahlausganges jedoch weiterhin recht ungewiss.

Die Wahlbeteiligung war diesmal sehr schwach. Sie ist durch einen während des ganzen Wahltags fallenden Regen beeinträchtigt worden. Die Mandatverteilung ist: Sozialdemokraten 59 (+ 2); Venstre 32 (-17); Konservative 27 (+10); Radikale 12 (+ 2); Rechtsverband 12 (+ 6); Kommunisten 7 (- 2).

Die Verschiebungen innerhalb des bürgerlichen Blocks sind also bedeutend. Die Konservativen haben einen riesigen Wahlsieg auf Kosten ihrer Oppositionsgegner errungen. Aber der Führer der Konservativen, Ole Björn Kraft, weiss nicht recht, was er mit dem Siege seiner Partei anfangen soll. Eine bürgerliche Koalitionsregierung würde voraussetzen, dass die bürgerlichen Parteien nicht nur im Negativen einig sind, wie während des Wahlkampfes in ihrer Ablehnung des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogrammes. Sie müssten sich zu konstruktiver Arbeit zusammenfinden. Und das scheint bei den widerstreitenden Interessen der drei Gruppen nicht ganz leicht zu sein. Dänemark wird es noch schwerer haben, eine stabile Regierung zu finden als vor den Wahlen. Wenn die Sozialdemokraten mit den Radikalen eine Koalition bildeten, stünden deren 71 Mandate den 71 Mandaten der drei bürgerlichen Oppositionsparteien gegenüber, und die sieben Kommunisten würden das Zünglein an der Waage bilden.

Die Veränderungen in der Mandatzahl bringen die Veränderung in der Stimmzahl der einzelnen Parteien nicht korrekt zum Ausdruck. In Prozenten ausgedrückt haben verloren: die Sozialdemokraten 2,5, Venstre 23,8, Kommunisten 33; es haben gewonnen: Konservative 40, Radikale 16,3, Rechtsverband 78,1. Die Niederlage der Kommunisten ist also grösser, als die Mandatzahlen zeigen.

Der sozialdemokratische Parteiführer und Ministerpräsident Hedtoft erklärte am Morgen nach der Wahl, dass die bürgerlichen Oppositionsparteien zusammen ein Mandat verloren haben und dass die Stellung der Sozialdemokratie unerschütterter ist. Diese Feststellung widerlegt nicht die Behauptung des konservativen Führers Ole Björn Kraft, dass die Restriktionspolitik der Regierung im Volk keine entsprechende Unterstützung gefunden hat.

Merkers Sündenfall

H.P. Das Thema "Säuberung" als ständige Erscheinung wie als spezieller Vorgang, scheint fast erschöpft, aber ein Wort noch zu Paul Merker, der markantesten Figur unter denen, die jüngst über die Klinge springen mussten.

Auch von ihm ist behauptet worden, er sei ein Agent des "amerikanischen Imperialismus" gewesen. Die Anschuldigung ist zu grotesk, um selbst in den kommunistischen Reihen Glauben zu finden. Noch im vorigen Jahr bescheinigten ihm Pieck und Grotewohl zu seinem 55-jährigen Geburtstag, dass er "einer der führenden Funktionäre unserer Partei ist, deren Leben ein Beispiel des vorbildlichen Kampfes für die Arbeiterklasse" ist. Gerade sein Sturz ist ungemein typisch für die Gültigkeit des taktischen Prinzips in der Kommunistischen Partei, wer einmal von der Generallinie abweicht, bleibt immer verdächtig und muss eines Tages fallen.

Merkers Auseinandersetzung mit Wilhelm Koenen in den Jahren der Emigration war sein eigentlicher Sündenfall. Es ging um die Beurteilung der demokratischen Kräfte im Nazi-Deutschland. Jahrelang hatte die KPD ihre illegale Arbeit in den rosigen Farben geschildert. Man bekam den Eindruck, die Anti-Nazikräfte seien so stark, dass Hitler von der revolutionären Volksmasse jeden Tag hinweggefegt werden könnte. Merker stiess auch kräftig in das Horn, gründete in der Emigration Komitees und folgte sorgfältig den Moskauer Instruktionen. Vielleicht lag es an

der ungewöhnlich grossen Entfernung, dass Paul Merker in Mexiko nicht merkte, dass sich die Linie der Partei schon längst vor den Konferenzen von Yalta und Potsdam wieder geändert hatte. Die Russen hatten mittlerweile die Anti-Nazikräfte in Deutschland abgeschrieben und die Formel der bedingungslosen Kapitulation zu ihrer eigenen gemacht. Wilhelm Koenen, der Londoner Beauftragte der Komintern formulierte daher im Januar 1945: "Die Arbeiterklasse Deutschlands, einst erfüllt vom Gedanken internationaler Solidarität, ist zu einer der wesentlichsten Stützen des Nationalsozialismus herabgesunken".

Sicherlich hatte auch Koenen früher einmal das Gegenteil zu beweisen versucht. Jetzt aber musste man den Boden für die bedingungslose Herrschaft der Russen in der Ostzone vorbereiten. Da galt es, den Schuldkomplex zu züchten und jede eigene Regung anti-faschistischer Kräfte in Deutschland zu leugnen. Nur so konnte man doch der neuen kommunistischen Partei nach der Niederlage Hitlers von vornherein jede Selbständigkeit moralisch absprechen. Merker hatte das anscheinend nicht begriffen, vielleicht auch nicht gewollt. Er eröffnete 1945 in der kommunistischen Zeitschrift "Freie Tribüne" in Mexiko eine Polemik gegen Koenen unter der Überschrift: "An meinen Bruder in London". Merker glaubte nicht nur weiter an das Vorhandensein echter Anti-Nazikräfte in Deutschland, er trat auch dagegen auf, dass sich diese Kräfte nach der Befreiung "lediglich als politisch zuverlässige Administratoren der Besatzungsbehörden zur Verfügung stellen". Derartige Entgleisungen klingen nicht gut in russischen Ohren. Sie waren zwar im Mai 1945 geschrieben und danach hatte Paul Merker sich die erdenklichste Mühe gegeben, in Angriffen auf die "rechten" Sozialdemokraten und die "Reaktion", die Scharte auszuwetzen. Doch die Russen haben ein gutes Gedächtnis.

Und die Moral von der Geschichte: Dem Irrenden verzeiht man nicht,
und wenn er auch zu Kreuze kriecht.

- - - - -

SPD erinnert an Wiedergutmachung an den Juden

sp. Der Vorstand der SPD hat an den Zentralrat der Juden in Deutschland folgendes Telegramm gerichtet:

"Fünf Jahre nach dem letzten Kriege begehen unsere jüdischen Mitglieder ihr Neujahrs- und Versöhnungsfest in bitterer Sorge um die Zukunft. Die materielle und ideelle Wiedergutmachung des ihnen vom Nationalsozialismus zugefügten Unrechts scheint entfernter denn je. Während gewissenlose Leute abermals versuchen, das Volk zur Unfreiheit und Intoleranz aufzuputzen, ist es unter besonderer Wunsch, den Juden in Deutschland zu versichern, dass die SPD und mit ihr der beste Teil der deutschen Bevölkerung noch entschiedener als bisher gegen jeden Versuch ankämpfen werden, das Gift des Antisemitismus zu verbreiten. Die Deutsche Bundesrepublik wird ihre Legitimation als demokratischer Staat

9.9.1950

letzten Endes auch in seiner Einstellung gegenüber dem Judentum unter Beweis stellen müssen. Indem wir Ihnen die herzlichsten Wünsche anlässlich Ihres Neujahrsfestes senden, sprechen wir die Verpflichtung aus, alles in unseren Kräften stehende tun zu wollen, um den Juden in Deutschland das Gefühl und die Grundlage zu geben, gleichberechtigte und geachtete Bürger unseres Staates zu sein. In diesem Sinne grüßt Sie der Vorstand der SPD

gez. Dr. Kurt Schumacher "

+

Ein gleichzeitig abgesandtes Telegramm an Chaim Weizmann, Präsident des Staates Israel lautet:

"Anlässlich des bevorstehenden Neujahrs- und Versöhnungsfestes ist es uns ein besonderes Bedürfnis, Ihnen Herr Präsident und allen Bürgern des jungen Staates Israel die aufrichtigsten Wünsche der SPD zu übermitteln. Der Vorstand der SPD

gez. Dr. Kurt Schumacher"

- - -

VdU sucht D-Mark über Baumgartner und Blücher.

sp. Der Verband der Unabhängigen in Österreich (VdU) bemüht sich zur Zeit, über ehemalige Landbündler in Deutschland finanzielle Unterstützung bei deutschen Finanzkreisen zu erwirken. Als Verbindungsmänner für dieses Vorhaben gelten Nationalrat Hartleb (im Gesamtvorstand des VdU) und Nationalrat Dr. Scheuch (VdU-Landesleiter von Kärnten). Entsprechende Fühlung ist mit der Bayernpartei, und zwar mit Dr. Baumgartner und Dr. Lallinger im Sommer dieses Jahres aufgenommen worden. Da es dem VdU nicht gelungen ist, die SPÖ in eine linke und eine rechte Gruppe zu teilen, will Hartleb nun den Bauernbundflügel von der ÖVP abtrennen und eine ähnlich geartete Partei wie die Bayernpartei aufziehen. Gleichzeitig lebt damit der Gedanke einer süddeutschen katholischen Föderation wieder auf, die mit finanzieller und politischer Unterstützung Frankreichs rechnet. Der nach dem Abgang Hartlebs verbliebene Teil des VdU will unter Führung des ehemaligen Eichenlaubträgers Gollob versuchen, gemeinsam mit der "Jungen Front" (Jugendorganisation der ÖVP) eine art jungdemokratische Partei zu gründen, wobei man sich auf die FDP in Deutschland stützen will. Eine entsprechende Unterstützung des Vizekanzlers Blücher sei zugesagt.

- - -

Chinesen im Sudetenland.

sp. In Österreich aus der Tschechoslowakei ankommende Flüchtlinge berichten, dass vor kurzem etwa 80 chinesische Familien in der Nähe der südmährischen Grenzstadt Nikolsburg angesiedelt und in Bauernhäusern der ausgewiesenen Sudetendeutschen eingewiesen wurden. Die tschechische Bevölkerung, die, wie überall im Sudetenland, die Bauernhäuser der Sudetendeutschen geplündert hatte, ist angewiesen worden, die entnommenen Gegenstände wieder zurückzuerstatten. Das hat zu Streitigkeiten geführt, die in einigen Fällen in tätliche Auseinandersetzungen zwischen der tschechischen Bevölkerung und den eingewiesenen Chinesen ausarteten, so dass die Polizei einschreiten musste. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

- - -

Verantwortlich: Peter Raunau